
Vorsitz: Schweden**1304. PLENARSITZUNG DES RATES**

1. **Datum:** Donnerstag, 4. März 2021 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr
Unterbrechung: 13.05 Uhr
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
Schluss: 16.55 Uhr

2. **Vorsitz:** Botschafterin U. Funered
Botschafter T. Lorentzson

3. **Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:**

Punkt 1 der Tagesordnung: **BERICHT DER GESCHÄFTSFÜHRENDEN
LEITERIN DER OSZE-MISSION IN MONTENEGRO**

Vorsitz, Geschäftsführende Leiterin der OSZE-Mission in Montenegro (PC.FR/3/21 OSCE+), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Georgien und Moldau) (PC.DEL/284/21), Türkei (PC.DEL/255/21 OSCE+), Russische Föderation (PC.DEL/250/21), Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/246/21), Norwegen (PC.DEL/245/21), Frankreich (PC.DEL/270/21 OSCE+), Montenegro (PC.DEL/256/21 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: **BERICHT DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN
LEITERS DER OSZE-MISSION IM KOSOVO**

Vorsitz, Geschäftsführender Leiter der OSZE-Mission im Kosovo (PC.FR/4/21 OSCE+), Albanien (PC.DEL/254/21 OSCE+), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern

des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Georgien (PC.DEL/283/21), Russische Föderation (PC.DEL/263/21), Türkei (PC.DEL/253/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/248/21/Corr.1), Schweiz (PC.DEL/260/21 OSCE+), Norwegen (PC.DEL/249/21), Bosnien und Herzegowina (PC.DEL/251/21 OSCE+), Serbien (Anhang 1), Vereinigte Staaten von Amerika (auch im Namen von Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, der Schweiz, Slowenien, der Tschechischen Republik und dem Vereinigten Königreich) (Anhang 2), Spanien (Anhang 3), Zypern (Anhang 4)

Punkt 3 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

Vorsitz

- (a) *Russlands fortgesetzte Aggression gegen die Ukraine und rechtswidrige Besetzung der Krim*: Ukraine (PC.DEL/258/21), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien und Moldau) (PC.DEL/281/21), Türkei (PC.DEL/277/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/252/21), Schweiz (PC.DEL/261/21 OSCE+), Kanada (PC.DEL/274/21 OSCE+)
- (b) *Die Lage in der Ukraine und die Notwendigkeit, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen*: Russische Föderation (PC.DEL/267/21), Ukraine
- (c) *Sieben Jahre rechtswidrige Besetzung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation*: Ukraine (PC.DEL/268/21), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Georgien und Moldau) (PC.DEL/280/21), Schweiz (PC.DEL/262/21 OSCE+), Kanada (PC.DEL/275/21 OSCE+), Türkei (PC.DEL/278/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/264/21), Norwegen (PC.DEL/265/21), Georgien (PC.DEL/271/21 OSCE+)
- (d) *Die sich verschlechternde Menschenrechtslage in Russland*: Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/266/21), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Island; sowie mit Kanada, Georgien und der Ukraine) (PC.DEL/282/21), Vereinigtes Königreich, Norwegen, Russische Föderation (PC.DEL/272/21 OSCE+)
- (e) *Siebter Jahrestag der Wiedervereinigung der Krim mit der Russischen Föderation*: Russische Föderation (PC.DEL/273/21)

Punkt 4 der Tagesordnung: **BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER AMTIERENDEN VORSITZENDEN**

- (a) *Besuch der Amtierenden Vorsitzenden in Moldau am 17. Februar 2021: Vorsitz*
- (b) *Rede der Amtierenden Vorsitzenden bei der 20. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, die vom 24. bis 26. Februar 2021 über Videokonferenz abgehalten wurde: Vorsitz*
- (c) *Unterrichtung über die monatlichen Schwerpunkte des schwedischen OSZE-Vorsitzes: Vorsitz*
- (d) *Erstes Zusätzliches Treffen zur Menschlichen Dimension 2021 (zu Medienfreiheit und Gleichstellung der Geschlechter) am 8. und 9. März 2021 über Videokonferenz: Vorsitz*
- (e) *Bestellung der Persönlichen Beauftragten der Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Kinder und Sicherheit und der Leiter der OSZE-Mission im Kosovo und des OSZE-Programmbüros in Nursultan: Vorsitz*

Punkt 5 der Tagesordnung: **BERICHT DER GENERALESEKRETÄRIN**

- (a) *Aktueller Stand der COVID-19-Situation in den Durchführungsorganen der OSZE: Generalsekretärin (SEC.GAL/31/21 OSCE+)*
- (b) *Unterrichtung des Ad-hoc-Ausschusses für Migration der Parlamentarischen Versammlung der OSZE durch den Sonderbeauftragten und Koordinator der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels am 19. Februar 2021: Generalsekretärin (SEC.GAL/31/21 OSCE+)*
- (c) *Teilnahme des Sonderbeauftragten und Koordinators der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels am ersten internationalen Seminar zum Menschenhandel am 1. und 2. März 2021 in Madrid: Generalsekretärin (SEC.GAL/31/21 OSCE+)*
- (d) *Teilnahme der Generalsekretärin an der Abschlussveranstaltung der ersten Phase des regionalen Konsultationsprozesses zu Klimawandel und Sicherheit in Südosteuropa am 23. Februar 2021: Generalsekretärin (SEC.GAL/31/21 OSCE+)*
- (e) *Auftaktveranstaltungen des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE zum Konsultationsprozess zu Klimawandel und Sicherheit zwischen Aserbaidschan und Georgien und Armenien und Georgien am 1. und 2. März 2021: Generalsekretärin (SEC.GAL/31/21 OSCE+)*

Punkt 6 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

- (a) *Präsidentenwahl in der Mongolei am 9. Juni 2021: Mongolei*

- (b) *Information über den aktuellen Stand der Entwicklungen im Zusammenhang mit den Ermittlungen zur Ermordung der Journalistin D. Caruana Galizia: Malta (PC.DEL/276/21 OSCE+)*
- (c) *Treffen des OSZE-Freundeskreises zu Jugend und Sicherheit am 12. März 2021: Spanien (auch im Namen von Kirgisistan und den Vereinigten Staaten von Amerika)*
- (d) *Umsetzung der Bestimmungen der von Aserbaidshan, Armenien und Russland unterzeichneten trilateralen Erklärungen vom 10. November 2020 und 11. Januar 2021, die sich auf die Öffnung der Wirtschafts- und Verkehrsverbindungen in der Region beziehen: Aserbaidshan (Anhang 5), Türkei (Anhang 6)*

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 11. März 2021, um 10.00 Uhr, über Videokonferenz

1304. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1304, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SERBIENS**

Frau Vorsitzende,

wir heißen den Geschäftsführenden Leiter der OSZE-Mission im Kosovo, Kilian Wahl, im Ständigen Rat willkommen und danken ihm für seinen Bericht. Serbien unterstützt die Arbeit der Mission, die im Einklang mit der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen eingerichtet wurde und deshalb verpflichtet ist, statusneutral tätig zu sein. Insbesondere schätzen wir die von der Mission und ihren fünf Regionalbüros durchgeführte qualitativ hochwertige Berichterstattung und Nachverfolgung von Fällen mit einer interethnischen Komponente.

In einem von der COVID-19-Pandemie und den diesbezüglichen operativen Schwierigkeiten geprägten Kontext sprechen wir der Mission unsere Anerkennung für ihre Bemühungen zur Unterstützung der örtlichen Bevölkerung aus.

Frau Vorsitzende,

zunächst zum Dialog zwischen Belgrad und Priština:

Die Gründung der Gemeinschaft der serbischen Gemeinden ist eine Verpflichtung, die von allen Unterzeichnern der Brüsseler Vereinbarung von 2013 garantiert wird, auch von der Europäischen Union. Wir sind erneut gezwungen festzustellen, was offensichtlich ist: Vereinbarungen dürfen nicht selektiv, gemäß der innenpolitischen Agenda der Behörden in Priština umgesetzt werden. Darüber hinaus verringern Erklärungen dieser Behörden, wonach der Dialog zwischen Belgrad und Priština in ihrer Prioritätenliste nur an „sechster oder siebenter Stelle“ oder bestenfalls an „vierter Stelle“ stehe und es notwendig sei, im Dialog „einen Schritt zurückzutreten“, eindeutig die Aussichten auf die Umsetzung früher vereinbarter Regelungen und die Fortsetzung des Dialogs.

Wiederholte Aufforderungen an beide Seiten, sich auf einen vernünftigen Dialog einzulassen, sind unangebracht, wenn man bedenkt, dass eine Seite dies schon getan hat, die andere jedoch nicht. Die Bereitschaft Belgrads, in gutem Glauben einen Dialog aufzunehmen, ist unverändert.

Bedauerlicherweise unterläuft die von den Behörden in Priština verfolgte Linie nicht nur den Dialog, sondern auch die langjährigen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, eine Lösung nach dem Konflikt zu erleichtern. Die jüngst von diesen Behörden geäußerte Drohung, sie würden sich für ein Referendum über eine Union mit Albanien entscheiden, „wenn der Kosovo nicht innerhalb von fünf Jahren den Vereinten Nationen beitrete, NATO-Mitglied und Beitrittskandidat der Europäischen Union wird“, löste lediglich eine gedämpfte Reaktion der internationalen Gemeinschaft aus. Stellen Sie sich die Reaktion vor, die eine ähnliche Neuziehung der Grenzen in einem anderen regionalen Kontext auslösen würde.

Zweitens die Lage vor Ort:

Das erwähnte strittige politische Narrativ wirkt sich auch auf die Lage vor Ort aus. Vorfälle, die sich gegen serbische Rückkehrer und deren Eigentum richteten, nahmen im Berichtszeitraum zu. Die Gesamtzahl der Rückkehrer ist nach wie vor beschämend gering. Die Identifizierung, geschweige denn Bestrafung, dieser Täter ist weiterhin ein langsamer und unzureichender Prozess.

Im „Kosovo-Bericht 2020“ der Europäischen Kommission wurde betont, dass „eine verstärkte Nachverfolgung solcher Zwischenfälle durch die Justizbehörden weiterhin notwendig ist“. Derselbe Bericht nahm auch Bezug darauf, wie die Umsetzung von Rechtsvorschriften im Bereich der Menschen- und Grundrechte „oft durch unzureichende finanzielle und andere Mittel, [...] begrenzte politische Priorisierung und mangelnde Koordination untergraben wurde“.

Frau Vorsitzende,

Probleme mit der Koordination und den Ressourcen sind nicht das primäre Hindernis, wenn es darum geht, die Achtung der Menschenrechte sicherzustellen. Das Kernproblem ist eine tief verwurzelte Intoleranz gegenüber Gemeinschaften von Minderheiten. Als einen Schritt zur Förderung der Toleranz begrüßen wir die Bemühungen der Mission, zwischenmenschliche Kontakte zu unterstützen, insbesondere unter jungen Menschen, Journalistinnen und Journalisten und Parlamentarierinnen. Wir wissen es zu schätzen, dass die Mission und der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten die philologische Fakultät in Priština dabei unterstützt haben, endlich wieder südslawische Studiengänge mit Modulen in serbischer Sprache einzurichten, und den Bedarf des Arbeitsmarkts in den Bereichen Sprachwissenschaft, Übersetzen, Lehre und interkulturelle Kommunikation zu decken.

Wir schätzen auch die Bemühungen der Mission, bei der Lösung von Eigentumsfragen von Binnenvertriebenen zu helfen. Trotz einiger Fortschritte ist jedoch klar, dass die örtliche Behörde für den Abgleich und Überprüfung von Eigentum kein wirksamer Mechanismus für die Rückgabe von entzogenem Eigentum an die rechtmäßigen Eigentümer ist. Das örtliche Ministerium für Gemeinden und Rückkehr und die Verbände der betroffenen Vertriebenen wurden vom Prozess zur Änderung des entsprechenden Gesetzes ausgeschlossen.

Der Schutz der Grundrechte und -freiheiten von Vertriebenen ist ohne die Sicherung ihrer Eigentums- und Wohnrechte nicht möglich. Wir ermutigen die Mission, weiterhin direkt

mit den Binnenvertriebenenverbänden in Zentralserbien zusammenzuarbeiten, um ihre Anliegen anzusprechen und direkt mit ihnen an ihrer Rückkehr zu arbeiten.

Frau Vorsitzende,

im Bericht wird auf die fortgesetzte Schändung von Friedhöfen und historischen Denkmälern, auf Einbrüche und Beschädigungen des kulturellen und religiösen Erbes hingewiesen. Lokale Institutionen ignorieren Gerichtsurteile betreffend die Eigentumsrechte der serbisch-orthodoxen Kirche. Das sogenannte Verfassungsgericht bestätigte bereits 2016, dass das serbisch-orthodoxe Kloster Visoki Dečani, eine UNESCO-Welterbestätte, der rechtmäßige Eigentümer von über 24 Hektar Land in der Umgebung des Klosters ist. Die Behörden weigern sich jedoch nach wie vor, auf die Bitte der serbisch-orthodoxen Kirche zu reagieren, ihr Land zu registrieren.

Deshalb ermutigen wir die Mission, die Reaktionen der Institutionen auf solche Angriffe und die Einhaltung gerichtlicher Entscheidungen weiterhin zu beobachten und einen themenbezogenen Bericht über die Bedrohung des kulturellen und religiösen Erbes der serbischen und anderer Gemeinschaften zu veröffentlichen.

Die willkürliche Verweigerung von Besuchen von Beamten aus Zentralserbien dauerte während des gesamten Berichtszeitraumes an. Journalistinnen und Journalisten aus Zentralserbien wurde am 18. Februar ohne triftige Gründe die Einreise verweigert. Das untergräbt die Versuche der Mission, die Medienstandards zu verbessern.

Lassen Sie uns abschließend über das weitere Vorgehen nachdenken:

Nur eine aufrichtige Zusage aller maßgeblicher Akteure, alle offenen Fragen in gutem Glauben anzugehen, um die Beziehungen zu normalisieren und die grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten zu wahren, kann Versöhnung, Zusammenleben und Achtung der Vielfalt gewährleisten.

Um Präsident Aleksandar Vučić zu zitieren, der sich gestern Abend mit dem Sonderbeauftragten der Europäischen Union für den Belgrad-Priština-Dialog Miroslav Lajčák traf: „Serbien unterstützt die Bemühungen und die Entschlossenheit von Miroslav Lajčák, eine Kompromisslösung zu erreichen. Wir sind der Meinung, ein Kompromiss bedeutet, dass niemand alles und jeder genug bekommt. Er bedeutet Unzufriedenheit oder nur teilweise Zufriedenheit für beide Seiten, doch ohne ein Ultimatum und ohne aufgezwungene Lösungen.“

Erlauben Sie mir abschließend auf einige Erklärungen, die wir heute gehört haben, zu antworten. Was die Möglichkeit informeller Treffen mit dem Leiter der OSZE-Mission und sogenannten Empfängern der OSZE-Hilfe vor Ort betrifft, halten wir es für notwendig, genau zu sein: Es gibt keine etablierte Praxis, Amtsträger aus Priština einzuladen. Es hat Einzelfälle gegeben, die allesamt umstritten waren. Wir bleiben unverrückbar bei unserer Auffassung, dass diese Einladungen inakzeptabel sind und im Widerspruch zur statusneutralen Position unserer Organisation im Hinblick auf Kosovo und Metochien stehen und auch die bestehenden Gräben in der OSZE vertiefen.

Ich danke Ihnen.

1304. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1304, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, BELGIEN, BULGARIEN,
DÄNEMARK, DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND,
FRANKREICH, IRLAND, ISLAND, ITALIEN, KANADA, KROATIEN,
LETTLAND, LITAUEN, MALTA, DEN NIEDERLANDEN,
NORWEGEN, ÖSTERREICH, DER SCHWEIZ, SLOWENIEN,
DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK UND
DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH)

Frau Vorsitzende,

ich gebe diese Erklärung als Vertreter meines Landes sowie im Namen Albaniens, Belgiens, Bulgariens, Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Frankreichs, Irlands, Islands, Italiens, Kanadas, Kroatiens, Lettlands, Litauens, Maltas, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, der Schweiz, Sloweniens, der Tschechischen Republik und des Vereinigten Königreichs ab. Wir werden die endgültige Liste der Staaten, die sich dieser Erklärung anschließen, zur Aufnahme in das Journal des Tages nachreichen.

Frau Vorsitzende,

wir würdigen die hervorragende Arbeit, die die OSZE-Mission im Kosovo leistet, um die Behörden des Landes bei der Stärkung ihrer Institutionen zu unterstützen. Wir freuen uns, den Geschäftsführenden Leiter der Mission, Killian Wahl, im Ständigen Rat willkommen zu heißen und sehen einem Treffen mit Botschafter Davenport in naher Zukunft erwartungsvoll entgegen.

Wir begrüßen es, dass die Mission ihre Tätigkeit laufend an die Bedürfnisse des Kosovo anpasst. Wir erinnern daran, dass die Mission die zweitgrößte unter den OSZE-Feldoperationen ist und im Kosovo eine wesentliche Rolle spielt.

Im Sinne einer verantwortungsvollen Führung unserer Organisation kann man sich wohl am besten ein Bild von der Wirksamkeit der Arbeit der OSZE-Feldoperationen machen, indem man die Partner und Begünstigten vor Ort direkt zu Wort kommen lässt. Daher halten wir es für unerlässlich, dass Kontakte zwischen den Teilnehmerstaaten und den

Interessenträgern, Partnern und Ansprechpartnern, die mit der OSZE-Mission im Kosovo zusammenarbeiten, gepflegt werden. Wir ermutigen den schwedischen Vorsitz dazu, beim nächsten Bericht des Leiters der Mission im Kosovo und aller anderen Missionsleiterinnen und Missionsleiter, die dem Ständigen Rat vortragen, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, eine solche Kontaktaufnahme anlässlich des informellen Treffens zu organisieren.

Wir ersuchen darum, diese Praxis auch in Zukunft fortzusetzen.

Ich danke Ihnen.

1304. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1304, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SPANIENS**

Frau Vorsitzende,

Spanien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union zu diesem Punkt an und möchte erneut seine Unterstützung für die wichtige Arbeit zum Ausdruck bringen, die von der OSZE-Mission im Kosovo zusammen mit anderen internationalen Institutionen, die auf dem Gebiet des Kosovo tätig sind, geleistet wird. Wir möchten auch Kilian Wahl für seine Ausführungen, seinen Tätigkeitsbericht und für die Arbeit, die er mit seinem Team leistet, danken.

Frau Vorsitzende,

wie andere Teilnehmerstaaten erkennt Spanien das Gebiet des Kosovo nicht als Staat an und ist der Auffassung, dass jede Aktivität in Bezug auf die OSZE-Mission im Kosovo unter Einhaltung der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen als Referenzrahmen erfolgen sollte.

Der Fortschritt beim von der EU unterstützten Dialog zwischen Belgrad und Priština ist eine unerlässliche Voraussetzung dafür, dass beide Seiten ihren jeweiligen Weg in Richtung Europa fortsetzen können. Diesbezüglich hat das Gebiet des Kosovo seinen eigenen spezifischen Bezugsrahmen, nämlich das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen.

Spanien ist unverändert der Auffassung, dass der Konflikt um das Gebiet des Kosovo nur durch Dialog und Verhandlung gelöst werden kann und möchte seine guten Dienste konstruktiv dafür einsetzen, dies zu fördern.

Frau Vorsitzende, ich ersuche Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen zu lassen.

Danke.

1304. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1304, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ZYPERNS**

Frau Vorsitzende,

wie die anderen Delegationen möchte auch ich den Geschäftsführenden Leiter der OSZE-Mission im Kosovo, Kilian Wahl, im Ständigen Rat willkommen heißen. Meine Delegation möchte Kilian Wahl für seine Ausführungen und seinen umfassenden Bericht danken und ihre Anerkennung für die wichtige Arbeit der OSZE-Mission im Kosovo, insbesondere in diesen infolge von COVID-19 herausfordernden Zeiten zum Ausdruck bringen.

Die Republik Zypern schließt sich der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an; ich möchte jedoch als Vertreter meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Die Republik Zypern erkennt die einseitige Erklärung der Unabhängigkeit des Kosovo von 2008 nicht an. Diesbezüglich möchte ich betonen, dass jede Initiative betreffend die OSZE-Mission im Kosovo im Einklang mit der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sowie mit dem Beschluss Nr. 305 des Ständigen Rates vom 1. Juli 1999 stehen muss, der das Mandat der Mission enthält.

Frau Vorsitzende,

die Republik Zypern befürwortet den von der EU unterstützten Dialog zwischen Belgrad und Priština und die Bemühungen des EU-Sonderbeauftragten für den Dialog Miroslav Lajčák und ermutigt die Seiten, an allen Prinzipien, die diesen Prozess regeln, konstruktiv mit dem Sonderbeauftragten zusammenzuarbeiten.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke, Frau Vorsitzende.

1304. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1304, Punkt 6 (d) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Frau Vorsitzende,

die Delegation Aserbaidschans möchte den Ständigen Rat über den aktuellen Stand der Umsetzung der Bestimmungen der von Aserbaidschan, Armenien und der Russischen Föderation unterzeichneten trilateralen Erklärungen vom 10. November 2020 und 11. Januar 2021 in Bezug auf die Öffnung der Wirtschafts- und Verkehrsverbindungen in der Region unterrichten.

Im Einklang mit der trilateralen Erklärung vom 11. Januar 2021 wurde die Dreier-Arbeitsgruppe, in der die stellvertretenden Ministerpräsidenten von Aserbaidschan, Russland und Armenien den Kovorsitz führen, eingerichtet. Absatz 9 der trilateralen Erklärung vom 10. November 2020 und die Absätze 2, 3 und 4 der Erklärung vom 11. Januar 2021 stecken den Rahmen für die Erörterungen in den Arbeitsgruppen ab.

Die Arbeitsgruppe hielt ihr erstes Treffen am 30. Januar 2021 ab. Es wurde vereinbart, Expertenuntergruppen einzusetzen, die Vorschläge zur Wiederherstellung regionaler Verkehrsverbindungen und zur Gewährleistung der Sicherheit des Verkehrs von Menschen, Fahrzeugen und Gütern in beide Richtungen ausarbeiten sollen. Die Untergruppen beschäftigen sich insbesondere mit Fragen des Schienen-, Straßen- und kombinierten Verkehrs, darunter Sicherheits-, Grenz-, Zoll- und Pflanzenschutzkontrollen und andere Arten von Kontrollen.

Die Arbeitsgruppe hielt ihr zweites und drittes Treffen am 12. beziehungsweise 27. Februar 2021 und das vierte Treffen am 1. März 2021 in einem Online-Format ab. Sie empfahl den zuständigen Behörden der Länder internationale Transportverträge zu überprüfen, einschließlich derjenigen, die innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten geschlossen wurden. Die Arbeitsgruppe wird eine Liste und den Zeitplan der Maßnahmen zur Wiederherstellung und zum Bau neuer Verkehrsinfrastruktureinrichtungen ausarbeiten, die für die Organisation, Durchführung und Gewährleistung der Sicherheit in der Region erforderlich sind.

Die Förderung von innerregionalen und überregionalen Verkehrsverbindungen, unter anderem durch die Entwicklung effizienter multimodaler Verkehrskorridore, ist ein

Schwerpunkt der aserbaidischen Regierung und kann zu Konnektivität und nachhaltigem Wirtschaftswachstum in den Teilnehmerstaaten und zur langfristigen Entwicklung der Region beitragen. Die Umsetzung der erwähnten trilateralen Erklärungen wird nicht nur Aserbaidschan, Armenien und Russland zugutekommen, sondern auch anderen Ländern in der Region und darüber hinaus, darunter unseren direkten Nachbarn Türkei und Georgien.

Die Phase nach dem Konflikt eröffnet einzigartige Möglichkeiten für die Zusammenarbeit, den gegenseitigen Handel, die Öffnung von Kommunikationsverbindungen und die Schaffung neuer Transportwege in der Region. Um den Zugang zur Region zu erleichtern, hat die aserbaidische Regierung mit dem Bau eines neuen internationalen Flughafens im aserbaidischen Bezirk Füzuli begonnen.

Der Beschluss des Ministerrats von Hamburg über gute Regierungsführung und Konnektivität und alle anderen verkehrsbezogenen OSZE-Dokumente und -Beschlüsse, denen wir zugestimmt haben, bilden einen nützlichen Rahmen für die Zusammenarbeit innerhalb der OSZE im Verkehrsbereich. Die Teilnehmerstaaten anerkannten, dass Konnektivität durch Verkehr und Handelserleichterung die wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Vorteil aller Beteiligten verstärken und zu gutnachbarlichen Beziehungen, Vertrauensbildung und Verlässlichkeit im OSZE-Raum beitragen kann. Aserbaidschan war schon immer der Auffassung, dass vertrauensbildende Maßnahmen (VBM) als Maßnahme zur Konfliktnachsorge bessere Chancen bieten, die gewünschte Wirkung der Vertrauens- und Friedensbildung zu erzielen. Die OSZE kann mit ihrer Erfahrung und den ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten der Konfliktnachsorge, darunter nicht-militärische VSBM, zu Frieden und Stabilität in der Region beitragen.

Diesbezüglich rufen wir die Teilnehmerstaaten dazu auf, die Umsetzung der Bestimmungen der trilateralen Erklärungen zu unterstützen, einschließlich derjenigen, die sich auf die Öffnung von Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen in der Region beziehen. Das im Juni 2019 aufgenommene OSZE-Projekt *Promoting Green Ports and Connectivity in the Caspian Sea Region*, das auf die Stärkung der Konnektivität in der Region des Kaspischen Meeres abzielt, kann neue Chancen und Vorteile für die Länder der Region eröffnen. Mit der Aussicht auf die Beseitigung von Hindernissen und die Öffnung aller Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen im Südkaukasus in Umsetzung der trilateralen Erklärungen kann dieses Projekt in der Zeit nach dem Konflikt seinen Anwendungsbereich auf alle interessierten Teilnehmerstaaten ausdehnen und zu einer wichtigen vertrauensbildenden Maßnahme werden, die zur Schaffung von Frieden, Sicherheit und gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den Staaten der Region beiträgt.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Frau Vorsitzende.

1304. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1304, Punkt 6 (d) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Danke, Frau Vorsitzende.

Wir danken der geschätzten aserbaidischen Delegation, dass sie dem Ständigen Rat wichtige aktuelle Informationen zur Umsetzung verschiedener Maßnahmen durch Aserbaidisch zur Verfügung gestellt hat.

Wirtschaftliche Konnektivität spielt eine wichtige Rolle bei der Ermöglichung von nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung und zur Generierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Das wiederum fördert die Stabilität von Gesellschaften und trägt zur regionalen Sicherheit bei. Wir unterstützen ein offenes und faires Handelssystem und sind der Überzeugung, dass ein multilateraler Ansatz und Konnektivität wesentlich sind, um wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand zu erreichen. In den vergangenen drei Jahrzehnten hat die Türkei verschiedene gemeinsame Initiativen zur Stärkung der Konnektivität in der gesamten Region und darüber hinaus unterstützt. Wir sollten die Möglichkeiten der bilateralen wie auch der umfassenden regionalen Zusammenarbeit nutzen.

Wir sind froh, dass die OSZE eine wichtige Plattform zur Verfügung stellt, um zu unseren Bemühungen um Konnektivität beizutragen. Wir sind fest davon überzeugt, dass der OSZE eine bedeutende Rolle bei der Verwirklichung und Umsetzung von Initiativen zur Ost-West-Konnektivität zukommt und wir werden die diesbezüglichen OSZE-Bemühungen weiterhin unterstützen.

Die beiden Erklärungen des Präsidenten von Aserbaidisch, des Ministerpräsidenten von Armenien und des Präsidenten der Russischen Föderation vom 10. November 2020 und 11. Januar 2021 waren wichtige Schritte.

Wir unterstützen den Vorschlag von Präsident Alijew, eine Plattform von sechs Parteien zu bilden. Wir begrüßen die von Aserbaidisch unternommenen Schritte zur Entwicklung und Verbesserung der Wirtschafts- und Verkehrsverbindungen. Türkische Unternehmen sind aktiv an den Projekten beteiligt. Die Türkei ist bereit, Wiederaufbau, Entwicklung und Frieden in der Region bestmöglich zu unterstützen.

Wir schließen uns dem Aufruf Aserbaidshans an die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten an, die beiden trilateralen Erklärungen zu unterstützen.

Die Türkei ist der Überzeugung, dass der Weg zu nachhaltigem Frieden und Stabilität im Südkaukasus in der regionalen Eigenverantwortung für regionale Angelegenheiten liegt.

Sobald in der Region Frieden herrscht, wird es viel einfacher sein, Energie- und Verkehrsprojekte umzusetzen, was allen zugutekommen wird.

Darüber hinaus können ungehinderte wirtschaftliche Aktivität, Transportkonnektivität und der resultierende gemeinsame Wohlstand den Menschen helfen, zu ihrer Kultur des friedlichen Zusammenlebens zurückzufinden.

Dafür gibt es jetzt eine reale Chance, und wir haben dazu aufgerufen. Wie Außenminister Çavuşoğlu letzte Woche erklärte, werden Armenien und das armenische Volk am meisten von der Stabilität und wirtschaftlichen Entwicklung in der Region profitieren, wenn Armenien in dieser Hinsicht handelt. Auf einen positiven Schritt Armeniens wird die Türkei einen ebensolchen folgen lassen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Danke, Frau Vorsitzende.